

träumten die afrikaanssprechenden Buren lange Jahre unbeirrt von der „getrennten Entwicklung der Rassen“.

Erst der Sturz der portugiesischen Machthaber in den Nachbarländern Mosambik und Angola Mitte der siebziger Jahre weckte auch die isolierten, aber politisch tonangebenden Buren auf. Ihnen steckte die Furcht in den Knochen, daß hinter dem südlichen noch weiß beherrschten Zipfel des riesigen Schwarzen Kontinents nur noch das Meer kommt. Deswegen haben Ultras wie Treurnicht heute schätzungsweise zwischen 15 und 20 Prozent aller weißen Wähler hinter sich.

Mehr als 7000 Menschen kamen Anfang Mai in die Stadthalle der burisch geprägten Hauptstadt Pretoria, um das Wiegenfest der Afrikaner Volkswacht mitzuerleben. Sie sangen und beteten inständig für den Sturz des Verräters Botha.

Die neue Verfassung sei „ein Schandfleck in der sauberen Geschichte unseres Volkes“, schimpfte ein Redner. Da jubelten Verkäuferinnen, die ihre Jobs an Schwarze verloren haben, kleine Farmer, die für die vermeintlich gottgegebenen schwarzen Knechte die kräftig gestiegenen Löhne nicht mehr aufbringen können, und Rentner, denen der Spaziergang in den Park verleidet ist, denn „überall sind Kaffern heutzutage“, wie einer von ihnen klagte.

Die Volkswacht-Führer sind im Buren-Establishment hochgeachtete Leute: Im Vorstand etwa sitzt neben dem HNP-Chef Jaap Marais und dem CP-Pastor Treurnicht auch der frühere Minister Connie Mulder. Vorsitzender ist der vormalige Chef der burischen Geheimorganisation „Broederbond“, Professor Carel Boshoff, der mit einer Tochter des Apartheidvaters Hendrik Verwoerd verheiratet ist.

Der feurigste unter den Volkswächtern, ein Hugenottennachfahre mit dem bedeutungsvollen Namen Eugene Terre Blanche (weißes Land), erhob bei seiner Rede in Pretoria, umringt von schwarz-weißroten Fahnen mit hakenkreuzähnlichem Emblem, die Hand zum Hüflerguß und schrie: „Ein Volk erwacht!“

Botha, einstmals wegen seines aufbrausenden Temperaments gefürchtet, versucht solch rassistischen Eiferern mit Geduld beizukommen. „In den kommenden schweren, schicksalsträchtigen Jahren hilft uns Zwietracht nicht weiter“, mahnte er in der regierungsnahen „Beeld“.

Von Eintracht aber sind Südafrikas Einwohner weit entfernt, und über halbherzige Reformen wagt auch Premier Botha nicht hinauszugehen.

Für die Mischlinge und Asiaten der Republik dokumentiert sich die Gleichstellung mit den weißen Parlamentariern vorwiegend in den goldenen Amtszep-tern. Materialwert: je 270 000 Mark.

JUGOSLAWIEN

Anders denken

Hexenjagd auf kritische Intellektuelle – aber auch private Abrechnung: In Sarajevo muß ein Soziologe für acht Jahre ins Gefängnis, weil er Spitzengenossen blamiert hat.

Der Angeklagte bat, wegen seiner angegriffenen Gesundheit der Verhandlung im Sitzen folgen zu dürfen, und ein Freund, der ihn im Gerichtssaal widersah, befand: „Er sieht aus wie ein Mann über Siebzig.“

In Wirklichkeit ist Vojislav Šešelj, bis vor kurzem Dozent der Soziologie an der Universität Sarajevo, erst 29 Jahre alt. Am 15. Mai dieses Jahres wurde er unter dem Verdacht „konterrevolutionärer



Verurteilter Systemkritiker Šešelj
Schwindel aufgedeckt

Tätigkeit“ verhaftet, trat in den Hungerstreik und wird seither von Wächtern mittels einer Sonde zwangsernährt.

Im Prozeß vor dem Kreisgericht Sarajevo war ihm der Versuch, „das gesellschaftliche und politische System Jugoslawiens zu stürzen“, von Staatsanwältin Vera Jovanović selbst mit präparierten Zeugen nicht hinreichend zu beweisen, gleichwohl verurteilte ihn Richter Milorad Potparić zu acht Jahren Haft. Der Richter zur Begründung: „Seit 1948 hat niemand das jugoslawische Regime so heftig attackiert wie der Angeklagte.“

Den zweiten, nach dem jugoslawischen Strafrecht noch weitaus schwerer wiegenden Vorwurf, Šešelj habe eine „staatsfeindliche Gruppenbildung“ vorbereitet, mußte die Staatsanwaltschaft streichen, weil es dafür weder Beweise

noch Zeugen gab. Das einzige diskriminierende Indiz war ein 36 Seiten langes maschinengeschriebenes Manuskript, über dessen Inhalt die jugoslawische Öffentlichkeit schon vor Prozeßbeginn durch den damaligen Innenminister Stane Dolanc informiert wurde.

Bei einer Hausdurchsuchung bei Šešelj in Sarajevo hatte die Polizei das Schriftstück im Schreibtisch des Dozenten gefunden, ein Beitrag des Soziologen unter dem Titel „Was ist zu tun?“

Šešelj kommt zu der „Arbeitshypothese“, das jugoslawische System, das die Partei „nun schon 30 Jahre erfolglos in die Praxis umzusetzen versucht“, habe versagt. Die Partei repräsentiere nicht die Macht der Arbeiterklasse; die Führung sei weitgehend korrupt.

Solche „Kritik von links“ hat es sogar zu Lebzeiten Titos in Jugoslawien gegeben, ähnliche, teils sehr viel radikalere

Thesen wurden in den Diskussionen der studentischen „Neuen Linken“ an der Belgrader Universität oder in der Professoren-Vereinigung „Praxis“ laut.

Ex-Innenminister Dolanc, der seine Karriere im Geheimdienst begann und im Mai in das Staatspräsidium aufstieg, hatte sich deshalb für seine Vorverurteilung in einem Fernsehinterview auch eine weitaus brisantere Stelle aus dem Šešelj-Manuskript ausgesucht.

Šešelj, von Geburt Serbe, fragte in seinem Beitrag, ob es der staatlichen Einheit der Föderation und dem innenpolitischen Frieden nicht dienlicher sei, die Zahl der Teilrepubliken von sechs auf vier zu reduzieren: Serbien, Kroatien, Slowenien und Mazedonien.

Begründung: Nur diese vier Republiken verfügten auch über ein historisch gewachsenes „Staatsvolk“, während die Teilrepubliken Bosnien-Herzegowina und Montenegro (sowie die Autonomen Provinzen Kosovo und Vojvodina) „künstliche Konstruktionen“ seien, gezwungen, ihre Existenzberechtigung mit falsch verstandenem Proporzdenken nachzuweisen. Wie absurd sich der nationale Proporz in der Praxis auswirkt, läßt sich durch den Karriereschub von zwei Spitzenfunktionären belegen.

So ist durch die in der Verfassung vorgeschriebene Ämterrotation Ali Shukrija, 64, zum jugoslawischen Parteichef aufgestiegen, ein Mann, der laut Paß als Angehöriger der albanischen Minderheit gilt. Der Alt-Partisan unterstützt aber in seinem hohen Amt nicht etwa die Autonomie-Bestrebungen seiner albanischen Landsleute im Kosovo, sondern hilft im Gegenteil bei deren Unterdrückung.

Nicht anders sieht es mit Branko Mikulić, dem neuen Vertreter der Teil-

republik Bosnien-Herzegowina im Staatspräsidium, aus. Er machte seine Parteikarriere als Moslem, obwohl er ein gebürtiger Kroat und als strammer Genosse selbstverständlich Atheist ist.

In seiner einst von den Türken besetzten Republik leben zu je einem Drittel Serben, Kroaten und Einwohner, die weder das eine noch das andere sein wollen. Um sie in seinem Vielvölkerstaat repräsentativ unterzubringen, hatte Tito sie zu „Muslimanen“ erklärt, zu einer eigenen ethnischen Gruppe – und die vertritt nun nach dem Ämterproporz der „Moslem“ Mikulić.

Dolanc konnte sicher sein, daß der Šešelj-Vorschlag von den betroffenen Völkern und Funktionären heftig abgelehnt werden würde. Was für ihn noch wichtiger ist: Zusammen mit der Verur-



Staatsführer Dolanc
Hexenjagd befohlen

teilung des Soziologen ist sichergestellt, daß die Frage nach einer staatlichen Neugliederung vorerst sachlich und emotionslos nicht mehr gestellt werden kann.

So beschuldigte die bosnische Zeitung „Oslobijene“ den Soziologen, er wolle die Minderheiten in ein „Getto“ verweisen, das sei „Rassismus“. Die Wiener Zeitung „Kurier“ nannte denn auch das Verfahren gegen den Systemkritiker „eines der beschämendsten, die der Kommunismus kennt“, und das „gespenstisch zum Orwell-Jahr 1984“ passe.

In seinem Schlußwort vor Gericht erinnerte Šešelj an das Jahr 1981, als es an der Universität von Sarajevo zu einem Eklat kam, den Šešelj aufdeckte.

Der Parteifunktionär Branko Miluš, Vorsitzender des „Bundes der Kommunisten“ in Sarajevo, hatte sich an der Universität mit einer Arbeit über „Die blockfreie Politik des sozialistischen Jugoslawien“ um den akademischen Titel



Parteiführer Ribičić
Urteil kritisiert

eines Magisters beworben. Die Arbeit lobte der Professor Hamdija Posderac, inzwischen aufgestiegen ins jugoslawische Parteipräsidium.

Dozent Šešelj konnte mit Quellenvergleich nachweisen, daß der Kandidat Miluš seinen Magistertext nahezu wörtlich aus einer Propaganda-Broschüre von fünf Parteiautoren abgeschrieben hatte.

Miluš bekam keinen akademischen Titel, blieb dank der Protektion von Genossen aber Spitzenmann der Partei und ist heute für die Auslandsbeziehungen der bosnischen KP verantwortlich.

Šešelj hingegen, der den Schwindel aufgedeckt hatte, flog aus der Partei und mußte sich seither in Sarajevo ständige Schikanen durch Partei und Polizei gefallen lassen.

Der Prozeß gegen den Dissidenten in Sarajevo ist der vorläufige Höhepunkt einer seit Monaten laufenden Kampagne der Partei gegen unbequeme Intellektuelle. Am Karfreitag hatte die Belgrader Polizei mit einer Großrazzia in der Privatwohnung eines Rundfunk-Redakteurs einen Diskussionskreis mit 28 Teilnehmern ausgehoben, der sich, in Ablehnung an eine ähnliche Gründung in Polen durch das „Komitee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung“ (KOR), „Freie Universität“ nannte.

Die Belgrader Disputanten, die sich – mit Wissen der Polizei – schon mehrfach getroffen hatten, wollten diesmal die Ansichten ihres prominentesten Systemkritikers, des ehemaligen Tito-Vertrauten Milovan Djilas, über einen Ausweg aus der politischen Krise anhören.

Bis auf sechs Personen, darunter auch Vojislav Šešelj, ließ die Polizei nach rüdem Verhör alle Festgenommenen wieder frei, die letzten der in Belgrad Inhaftierten kamen erst nach Intervention westlicher Schriftsteller und Künstler Ende Juni aus dem Gefängnis.

Einer der mehrmals zur Einvernahme bestellten Dissidenten, der Industriearbeiter Radomir Radović, 33, wurde eine Woche nach dem Polizeiberfall in einem Wochenendhaus 40 Kilometer südlich von Belgrad tot aufgefunden. Die Polizei behauptet „Selbstmord durch Einnahme von Pflanzengift“.

Seither fahnden Polizei-Kommandos in den Belgrader Buchhandlungen auch nach einem Reprint, das verboten und beschlagnahmt wurde, weil es nach einem Verdikt des Innenministeriums „Unwahrheiten“ enthält, „die geeignet sind, die Bevölkerung zu beunruhigen“. Das Buch stammt nicht etwa von einem systemkritischen Autor, sondern ist der Nachdruck eines „Weißbuches“, das die Propagandaabteilung des ZK der kroatischen KP herausgegeben hat.

In dem 236 Seiten langen Band haben orthodoxe Genossen aus Zagreb mit Zitaten belegt, wer und wo ihrer Meinung nach gegen die Parteilinie verstößt – die meisten der kritisierten Quellen stammen aus Serbien und Slowenien. Neben Spottgedichten auf Tito ist auch ein vom Belgrader Volkstheater gespieltes französisches Drama enthalten, das Lenin, Trotzki und Stalin kritisiert, oder der amerikanische Vorkriegsfilm „Ninotschka“ mit Greta Garbo, den das Belgrader Fernsehen gelobt und zugelassen habe.

Zwei junge Belgrader Schriftsteller waren der Meinung, das Parteidokument spreche so für sich, daß sie es als Nachdruck in den Handel brachten.

Inzwischen ist wohl auch einem Teil der Parteiführung aufgegangen, daß die inszenierte Hexenjagd auf Intellektuelle vor allem die Partei in Mißkredit bringt – auch Wirtschaftsexperten fürchten, der Rückfall in stalinistische Methoden könne sich negativ auf Jugoslawiens Kreditwünsche im Westen auswirken. So hat sich der kroatische Parteichef Mika Spiljak von den Scharfmachern in den eigenen Reihen distanziert und ihnen „Sektierertum“ vorgeworfen.

Die Parteizeitschrift „Komunist“ warnte vor „pauschaler Verunglimpfung der Intelligenz“ und machte deutlich, daß die „Hauptgegner“ nicht Buchautoren und Petitionsschreiber seien, sondern „Opportunismus, Verantwortungslosigkeit, bürokratisches Bewußtsein, intellektuelle Rückständigkeit und fehlende revolutionäre Geduld“.

Am weitesten ging im Wochenmagazin „Nin“ der Slowene Mitja Ribičić, Mitglied des Parteipräsidiums: „Ich würde niemandem einen Prozeß machen, der anders denkt.“ Ribičić gab sogar offen zu, daß es in Jugoslawien sehr wohl Gründe gebe, sich gegen „Verletzung von Menschenrechten, von Freiheit und Demokratie“ zur Wehr zu setzen.

Unter Anspielung auf das Verfahren gegen Šešelj sagte der Parteipräsident: „Wenn wir einen Dichter, einen Philosophen oder einen Soziologen vor Gericht ziehen, statt Bücher mit Büchern zu bekämpfen, tun wir genau das, was unsere Gegner von uns erwarten.“